

Antrag

der Abgeordneten Frau Eid, Dr. Lippelt und der Fraktion DIE GRÜNEN

Südafrika

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit Südafrikas werden immer unerträglicher.

Trotz weltweiter Proteste hat das Apartheidregime am 25. August zwei schwarze Gegner des Regimes hingerichtet. 32 weitere Apartheidgegner sind unmittelbar von der Hinrichtung bedroht.

Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes 1986 sind etwa 4 000 Kinder und Jugendliche in Gefängnisse geworfen worden und werden dort immer noch festgehalten.

Mit der Veröffentlichung neuer verschärfter Bestimmungen zur Pressezensur im Staatsanzeiger vom 28. August hat das Apartheidregime die gesetzlichen Grundlagen zur Unterdrückung der letzten oppositionellen Stimmen im Lande geschaffen.

Der Streik der Bergarbeiter, der größte, den Südafrika in seiner Geschichte erlebt hat, brachte den 550 000 schwarzen Bergleuten an den Gold- und Kohlegruben des Landes keinen Cent mehr Lohn.

Abscheu und Empörung über die menschenverachtende Politik des südafrikanischen Apartheidregimes müssen nun endlich in konkrete Schritte zur Abschaffung der Apartheid münden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 - in der EG ihren Widerstand gegen wirksame Sanktionen aufzugeben und darauf zu drängen, daß die Sanktionen gegenüber Südafrika zumindest das Ausmaß der US-Sanktionen erreichen;
 - im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein weltweit geltendes Verbot der Kapitalausfuhren nach Südafrika, des Technologietransfers mit Südafrika und der Rohstoffeinfuhr aus Südafrika zu beantragen;
 - dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der im Vorgriff auf eine Entscheidung des Sicherheitsrates die entsprechenden Handelsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland vorsieht;

- die Forderung des Bundeswirtschaftsministers an die deutschen Unternehmen, keine Investitionen mehr in Südafrika zu tätigen, durch entsprechende Rechtsverordnung zum Außenwirtschaftsgesetz wirksam werden zu lassen;
 - Verstöße gegen das Rüstungsembargo der Vereinten Nationen aufzuklären.
2. Der Bundeskanzler wird aufgefordert, eine Regierungserklärung zur Lage in Südafrika und zum Beitrag der Bundesregierung zur Überwindung der Apartheid abzugeben.
 3. Der Deutsche Bundestag empfiehlt dem Auswärtigen Ausschuß, den in der letzten Wahlperiode, am 1. Oktober 1986, einstimmig gefaßten Beschluß zu erneuern, eine Anhörung zum Thema Südafrika durchzuführen.

Der Deutsche Bundestag empfiehlt dem Auswärtigen Ausschuß, die zur Vorbereitung dieser Anhörung bereits bestehende Arbeitsgruppe mit der Durchführung einer Vorbereitungsreise zu beauftragen, mit der Maßgabe, eine möglichst breite Vertretung aller an der Überwindung der Apartheid interessierten politischen und gesellschaftlichen Kräfte bei der Anhörung zu gewährleisten.

Bonn, den 30. September 1987

Frau Eid

Dr. Lippelt

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion